EmK
Evangelisch-methodistische Kirche

14. November 2026

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 14.11.2026



Podiumsgespräch beim Fachtag der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin: Moderatorin Dr. Anne Françoise Weber (Deutschlandfunk Kultur, links) im Austausch mit Prof. Dr. Sabine Achour und Prof. Dr. Oliver Hidalgo.
Bildnachweis: Michael Löffler, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Glaube und Demokratie – ein Spannungsfeld

Religionen können Demokratie stärken, aber auch mit ihr in Konflikt geraten. Ein Fachtag in Berlin wirft Fragen an die eigene Kirche auf.

Michael Löffler nahm für die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK) am Fachtag teil. Sein Artikel verbindet Eindrücke aus der Tagung mit Fragen an die eigene Kirche.

Unter dem Titel »Demokratie und Religion: Ressourcen und Reibungsflächen« veranstaltete die Bundeszentrale für politische Bildung am 11. November einen Fachtag in Berlin. Menschen aus christlichen, jüdischen und muslimischen Gemeinschaften, der Bahá'í-Gemeinde sowie konfessionsfreien und humanistischen Verbänden kamen mit Fachleuten aus Wissenschaft und politischer Bildung ins Gespräch.

Teilnehmende kamen unter anderem aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Jüdischen Museum Berlin, der Ahmadiyya Muslim Jamaat, dem Berliner Forum der Religionen, dem Zentralrat der Konfessionsfreien und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF).

Was wir voneinander lernen können

Der Passauer Politikwissenschaftler Oliver Hidalgo beschrieb eine Spannung: Religiöse Überzeugungen können sich auf eine Wahrheit beziehen, die menschlicher Verfügung entzogen ist. Demokratie hingegen lebt davon, dass Entscheidungen ausgehandelt und verändert werden können. Zugleich können Religionen den Gemeinschaftssinn stärken und Menschen dazu bewegen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Dabei musste ich an das Ringen in unserer Kirche denken: Wie können wir trotz unterschiedlicher theologischer Überzeugungen miteinander Kirche sein? Was können unsere Erfahrungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben beitragen?

Die Berliner Professorin für politische Bildung Sabine Achour hob hervor, dass Religionsgemeinschaften durch gewachsene Beziehungen und Vertrauen Menschen erreichen, die sich von anderen Bildungsangeboten kaum angesprochen fühlen. Muslimische Einrichtungen würden allerdings häufig vor allem im Zusammenhang mit Islamismusprävention wahrgenommen. Dabei gerate aus dem Blick, was sie zur Demokratiebildung beitragen können.

Wie selbstverständlich suchen wir als Kirche das Gespräch mit Menschen anderer Religionen und mit konfessionsfreien Menschen? Wo könnten wir gemeinsam etwas für das Zusammenleben vor Ort tun?

Wenn Glaube politisch vereinnahmt wird
Michael Moser von der Evangelischen Akademie Villigst zeigte, wie manche sogenannte Christfluencer in sozialen Medien persönliche Glaubenserfahrungen mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Neuen Rechten verbinden. Vorstellungen von Familie, Geschlechterrollen und gesellschaftlicher Ordnung werden als gottgegeben dargestellt und so der demokratischen Auseinandersetzung entzogen.

Welches Gottes- und Menschenbild wird hier vermittelt? Finden junge Menschen bei uns Raum, um über das zu sprechen, was ihnen in den sozialen Medien begegnet? Und wie erzählen wir dort selbst von unserem Glauben?

Wie ist Jesus weiß geworden?
Dieser Frage ging Sarah Vecera, Theologin der Vereinten Evangelischen Mission (VEM), nach. Sie zeigte, wie europäische und koloniale Geschichte unsere Vorstellungen von Jesus geprägt hat.

In die Diskussion brachte ich eine Erfahrung aus der eigenen Verkündigung ein. Lukas erzählt eine typische jüdische Geburtsgeschichte, die selbstverständlich mit der Beschneidung des Kindes am achten Tag und seiner Namensgebung endet (Lukas 2,21). Nicht so in vielen unserer Weihnachtsgottesdienste. Dort endet die Lesung mit der Rückkehr der Hirten. Das Kind in der Krippe bleibt damit sogar namenlos! Ausgerechnet an Weihnachten lassen wir den Vers weg, der uns das Judesein Jesu so deutlich vor Augen führt.

Die Entwicklung der VEM vom deutschen Missionswerk zur internationalen Gemeinschaft von Kirchen lässt mich fragen: Wie selbstverständlich spiegelt sich die Vielfalt unserer weltweiten Kirche in unseren Gemeinden und Leitungsgremien wider? Und mit Blick auf meine eigene Arbeit: Wer kommt in unserer kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit zu Wort?

Widersprechen und im Gespräch bleiben
Alle drei deutschen Jährlichen Konferenzen der EmK und der Kirchenvorstand, der geschäftsführende Ausschuss der Region Deutschland der EmK, haben sich in diesem Jahr mit Beschlüssen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgesprochen.

»Mit denen kann man ohnehin nicht reden.« Wie schnell ist das gesagt! Wie können wir Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden widersprechen und dennoch mit den Menschen im Gespräch bleiben? Was bewegt sie? Ich möchte verstehen, ohne menschenfeindlichen Positionen recht zu geben.

Demokratie lebt vom Gespräch, vom Vertrauen, vom Aufeinanderhören und vom Ringen um gemeinsame Wege. Die Zerstörung der Weimarer Demokratie und die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und der SED-Diktatur erinnern uns daran, wie kostbar demokratische Freiheit ist und wie schnell sie verloren gehen kann.

Gerade deshalb lohnt es sich, dranzubleiben. Unsere Gemeinden können Orte sein, an denen auch bei tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten das Gespräch nicht abreißt. Darin sehe ich eine große Chance für unsere Kirche.

Der Autor
Michael Löffler ist Theologischer Leiter der EmK-Kirchenkanzlei mit Sitz in Frankfurt am Main und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@emk.de

Zur Information
Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurde 1952 als Bundeszentrale für Heimatdienst gegründet und erhielt 1963 ihren heutigen Namen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur sollte sie dazu beitragen, demokratische Überzeugungen in der Bevölkerung zu festigen.
Bis heute ist es ihre Aufgabe, politische Zusammenhänge verständlich zu machen, das demokratische Bewusstsein zu stärken und Menschen zur politischen Mitgestaltung zu ermutigen. Dazu bietet sie unter anderem Publikationen, digitale Bildungsangebote, Fachtagungen und Fortbildungen an. Die Bundeszentrale arbeitet überparteilich und gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.
Weitere Informationen: www.bpb.de